

Sehr geehrter Herr Noll,  
Sehr geehrte Herr Hempel,  
Meine Damen und Herren,

als ich Ihren gemeinsamen Antrag gesehen habe, war ich gleich zweimal erstaunt.

**Einmal**, weil wir über dieses Thema sehr ausgiebig in den Sitzungen im Haupt- und Finanzausschuss gesprochen haben und dort mehrheitlich entschieden haben, es



Anja Weber

**NICHT** in Auftrag zu geben, um Personalressourcen zu schonen und Ergebnisse aus Kommunen wie z.B. Körle abzuwarten.

**Zum Anderen...** und das ist für mich sehr viel erschreckender:

zeigt es mir einmal mehr, das es scheinbar sehr schwierig ist, die richtigen Dinge miteinander zu verknüpfen:

Sie beschreiben in Ihrem Antragstext die Situation: *„Die aktuelle Kostendeckung der Kindergartengebühren beträgt nur 40%. Fast 3 Mio. € muss die Stadt Gudensberg aus dem allgemeinen Haushalt für die Kinderbetreuung bereitstellen.“* BIS zu diesem Punkt bin ich bei Ihnen...

Sie schreiben dann allerdings weiter: *„Mit dem aktuellen Gebührensystem der Stadt Gudensberg ist eine höhere Kostendeckung kaum noch sozialverträglich möglich. Zur Sicherung des langfristigen Haushaltsausgleichs ist ein anderes Gebührensystem notwendig...“* Später

im Text: „**Das einkommensabhängige Gebührensystem kann keine grundsätzliche Gebührengerechtigkeit ermöglichen**“...

Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, aber da frage ich mich: **WAS** ist denn nun gewollt? Sie fordern ein neues Gebührensystem, wissen aber das es keine Gebührengerechtigkeit ermöglicht ...

An der Stelle muß ich Ihnen die Frage stellen: Was glauben Sie welches Ergebnis eine von Ihnen geforderte Modellrechnung bringen soll, um dieses doch – und da sind wir uns ja einig – wirklich hohe DEFIZIT schließen soll!

Bildung ist Ländersache, daher gibt es auf Landesebene Gesetze und Verordnungen zu Kindergartenbeiträgen. Eltern mit geringem Einkommen sind BUNDESWEIT schon heute per Gesetz von Beiträgen für die Kinderbetreuung befreit, z.B. wenn sie den Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten.

Neben vielen Statistiken zu Löhnen und Gehältern gibt es einen Sozialbericht für die Stadt Gudensberg – der deutliche Zahlen hervorgebracht hat zu den Gehaltsstrukturen unserer Bürger. Ich empfehle Ihnen dringend: lesen Sie diesen Berichte und ganz wichtig: Verknüpfen SIE die Erkenntnisse aus diesen Berichten mit Ihren Denkansätzen beim Thema Gebührenordnungen... In diesem Bericht steht z.B. schwarz auf weiß, dass die Einkünfte eines Steuerpflichtigen in

Gudensberg UNTER dem Landesdurchschnitt liegen...und sie können dort auch die Höhe des steuerpflichtigen Durchschnittseinkommens erlesen. (Schwalm-Eder-Kreis 38.050 EURO)

Der Grundgedanke: Eltern mit geringem Einkommen zahlen weniger als Eltern mit höherem Einkommen kann nur funktionieren, wenn genügend Eltern mit sehr hohem Einkommen mitbezahlen.

Und bedenken Sie bitte: Es gibt keine Kindergartenpflicht in Deutschland. Also ein Gutverdienender – und auch dieses Wort sollten Sie für sich definieren - kann ganz einfach auch eine andere Betreuungsentscheidung treffen als die Einrichtungen der Städtischen Kommune zu wählen.

Den verwaltungsseitigen Aufwand für die Umsetzung eines solchen einkommensabhängigen Gebührensystems will ich heute hier gar nicht beschreiben. Das haben wir im Ausschuss tatsächlich hinlänglich getan. Allein die Definition: „einkommensabhängig“ lässt dabei so viel Spielraum...

Die Gebühren der Eltern können niemals das Problem lösen. Die hohe Belastung der Kommunen und die viel zu geringe Unterstützung vom Land sind doch das eigentliche Problem. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass Sie den Ruf hier aus dem Stadtparlament nach Unterstützung vom Land deutlicher weiter tragen...

Da ihre geforderte Berechnung im Ergebnis nicht lösungsbringend sein kann, aber wichtige Arbeitszeitressourcen in der Verwaltung bindet,

werde wir Ihrem Antrag auch hier in der Stadtverordnetenversammlung nicht zustimmen. Wir bitten Sie aber auch hier nochmal sehr herzlich, Ihre Verwaltungsstrukturen zu nutzen und diese Thematik in anderen Entscheidungsebenen zu positionieren... Nutzen sie gerne Ihre übergeordneten Parteistrukturen und erläutern Sie die Situation entsprechend.

Denn nur dort, hätte man den richtigen und wirklichen HEBEL für eine Lösung, der insgesamt die finanzielle Belastung für die Kommunen verändern kann und gleichzeitig eine qualitativ hochwertige Betreuung sicherstellt.